

## **Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Andrej Hunko, Ralph Lenkert, Ali Al-Dailami, Dr. Petra Sitte, Žaklin Nastić und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Die Arktis als Schnittstelle der Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik in Zeiten des Ukrainekriegs**

„Die Klimakrise ist mittlerweile das größte Sicherheitsproblem für alle Menschen auf dieser Erde“, erklärte die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, vor dem Beginn des Petersberger Klimadialogs (siehe „Baerbock nennt Klimakrise ‚größtes Sicherheitsproblem für alle Menschen‘“, in: RND am 18. Juli 2022). Kurz darauf äußerte sie sich in ihrer Rede zur Eröffnung des Petersberger Klimadialogs am 18. Juli 2022 wie folgt: „Für den Kampf gegen den Klimawandel setzen wir alle Hebel unserer Diplomatie in Bewegung.“ Die Fragestellerinnen und Fragesteller begrüßen explizit diese Positionierung der Bundesministerin, deren Ressort mit Beginn der Legislaturperiode die Steuerung und Koordination der internationalen Klimapolitik übernommen hat (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/klima/-/2542588>).

Eines der aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller wichtigsten Themen, das an der Schnittstelle der Klimapolitik einerseits und der Außen- bzw. Sicherheitspolitik andererseits liegt, ist die Arktis: „Die Arktis ist zu einer Schlüsselregion der Weltpolitik geworden. Ihre ökologische, ökonomische und politische Bedeutung für die internationale Gemeinschaft steigt stetig“ (siehe Vorbemerkung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/15326). Dabei sah die (ehemalige) Bundesregierung „in der Arktis einen Brennpunkt des globalen Klimawandels, dessen Relevanz unter anderem aus wichtigen Kopplungsprozessen zwischen den Eismassen und Schneeflächen über Land und Meer mit Prozessen in Atmosphäre und Ozeanen resultiert“ (siehe die Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/15326).

Der durch die Führung der Russischen Föderation gegen die Ukraine begonnene völkerrechtswidrige Krieg und, als Reaktion darauf, die schnellen massiven Sanktionen vieler Staaten hatten nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller direkte Folgen sowohl für die zivile Kooperation mit Russland im arktischen Raum als auch für die Gesamtsituation des Klimaschutzes und der Welt-sicherheit.

In Skandinavien hat dieser Krieg intensive Diskussionen über die NATO ausgelöst. Im Mai dieses Jahres haben Schweden und Finnland NATO-Mitgliedschaft beantragt. Im Falle der Ratifikation des NATO-Beitritts der beiden nordischen Länder wäre Russland der letzte Anrainerstaat der Arktis, der nicht zur NATO gehört. Die gemeinsame Grenze zwischen der NATO und Russland würde somit um etwa 1 300 Kilometer verlängert (siehe „Neue Front in der Arktis“ in: Süddeutsche Zeitung, S. 1 am 14. Mai 2022). Russlands Präsident Wladimir

Putin hat auf den geplanten Beitritt von Schweden und Finnland mit Warnungen reagiert (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-reaktionen-105.html>). Als weiterer möglicher zukünftiger Brennpunkt wird Spitzbergen angesehen, „das Russland nur so lange als Teil Norwegens anerkennt, wie sie demilitarisiert bleiben“ (siehe „Mehr Eis, bitte!“ in: Die Tageszeitung, S. 10 am 21. Mai 2022).

Die Tätigkeit des Arktischen Rats ist seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs eingestellt. Dabei ist er das einzige Forum aller acht arktischen Anrainerstaaten. Von 2021 bis 2023 hat Russland im Arktischen Rat den Vorsitz. Laut Medienberichterstattung sei vereinzelt bereits sogar von der „Arctic 7“ anstelle des Arktischen Rats die Rede (siehe „Eiskalte Stimmungslage“ in: Frankfurter Rundschau, S. 6 am 11. März 2022). Auch andere Arktisforen mit Russlands Mitgliedschaft wie zum Beispiel der Barentssee-Rat sollen aktuell sistiert sein (siehe „Plötzlich wieder allein am Rand der Welt“ in: Neue Zürcher Zeitung am 30. März 2022).

Bedauerliche Konsequenzen musste aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller unter anderem auch die deutsch-russische Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich tragen: „Bereits am Freitag [Anmerkung der Fragestellerinnen und Fragesteller: am 25. Februar 2022] hatte Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Deutschlands Forschungsinstitute aufgefordert, alle laufenden und geplanten Projekte mit Russland auf Eis zu legen“ (siehe „Ein Krieg, der auch die Wissenschaft bedroht“ in: Zeit Online am 3. März 2022). Betroffen dadurch ist seitdem auch die Klimaforschung. Sie „bleibt von großer Infrastruktur abhängig, zum Beispiel die Datensammlung durch Stationen in Sibirien. Internationale Forschungsprogramme in der Arktis sind sowohl abhängig von staatlichen Investitionen in Infrastruktur als auch von russischer Beteiligung wegen der geografischen Lage“ („Die Position: Forscher sind keine Missionare“ in: Die Zeit, S. 32 am 28. Juli 2022).

Ein konkretes und nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller dramatisches Beispiel dafür stellt die Aussetzung der Kooperation beim Zotto-Projekt dar. Der Messturm Zotto befindet sich in Sibirien und wird von Deutschland sowie Russland gemeinsam betrieben. Mit seiner Hilfe werden die Wechselwirkungen zwischen Treibhausgasen und dem Klimawandel erforscht. Mit Sorge äußerte sich Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, zu dieser Entwicklung (siehe „Ein Krieg, der auch die Wissenschaft bedroht“ in: Zeit Online am 3. März 2022): „Am teuersten für die Menschheit wird es, wenn wir die Klimaforschung in den Sand setzten. Und für die spielt Russland eine essenzielle Rolle.“ Auch Antje Boetius, Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts (AWI), bestätigt Russlands Relevanz für die Klimaforschung (ebd.): „Für die Forschung zu Klima- und Biodiversität ist es allerdings essenziell, dass es auch aus dem russischen Teil der Arktis Daten gibt und wir dort arbeiten dürfen.“ Die AWI-Leiterin betont weiter: „Gerade die sibirische Arktis mit ihren Hitzewellen im Sommer ist die Region, wo wir hinschauen müssen“ (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022). Es sei angemerkt, dass das AWI seit mehreren Jahren zusammen mit der russischen Seite eine Forschungsstation in Sibirien auf der Insel Samoillow nutzt. Ihr Zweck ist die Erfassung von Folgen der Erderwärmung für den Permafrost und die Natur. Ebenfalls betonen Malte Albrecht, Politikwissenschaftler und Vorsitzender der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss e. V.), sowie Jürgen Scheffran, Professor für Geographie an der Universität Hamburg und Mitglied von NatWiss, Russlands Rolle für die Klimaforschung in ihrem Artikel „Wie kann die Wissenschaft noch mit Russland kooperieren?“ (Frankfurter Rundschau, S. 5 am 22. Juli 2022): „Die Erkenntnisse des Weltklimarates wären ohne die Beiträge russischer Forschung so nicht möglich. Ohne sie fehlt uns

das Verständnis über den Einfluss der Arktis und die Freisetzung von Treibhausgasen aus sibirischen Böden auf das globale Klimasystem und seine Kippunkte.“

Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist der Klimawandel tatsächlich das größte Sicherheitsproblem für die ganze Menschheit. Deswegen sollen alle Instrumente der Diplomatie dringend dazu genutzt werden, um die Klimakrise zu überwinden. In diesem Sinne schließen sich die Fragestellerinnen und Fragesteller den oben erwähnten Äußerungen der deutschen Bundesaußenministerin an. Ein effizienter Kampf gegen den Klimawandel ist jedoch offensichtlich nur in Kooperation mit der Russischen Föderation möglich, und man benötigt dafür aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller die Wiederaufnahme des Dialogs mit Russland einerseits als dem viertgrößten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit und andererseits als dem größten Arktisanrainer, zumindest in Fragen der Arktispolitik und somit auch der Klima- und Sicherheitspolitik.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Mit welchen finanziellen Mitteln wurde das AWI seit 2019 durch die Bundesregierung gefördert (bitte nach Jahren aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?
2. Welche bilateralen Arktisforschungsprojekte mit den Mitgliedstaaten des Arktischen Rates fördert die Bundesregierung seit 2019 (bitte nach einzelnen Staaten, Jahren und Umfang der Förderung aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 39 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?
3. Welche bilateralen Arktisforschungsprojekte mit den Beobachterstaaten des Arktischen Rates fördert die Bundesregierung seit 2019 (bitte nach einzelnen Staaten, Jahren und Umfang der Förderung aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?
4. Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die Tätigkeit der deutschen Seite im Arktischen Rat als Beobachterstaat seit der Anfang März 2022 angekündigten Einstellung der Arbeit des Forums als beeinträchtigt, und in welchem Umfang ist Deutschland in die im Juni 2022 angekündigte Teilwiederaufnahme der Aktivitäten unter Ausschluss der Russischen Föderation (<https://www.deutschlandfunk.de/newsblog-russland-ukraine-konflikt-150.html>) ggf. eingebunden?
5. Hat die Bundesregierung Russlands Beitrag zur MOSAiC-Expedition 2019/2020 evaluiert, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen, und wenn nein, warum nicht (siehe Bundesbericht Forschung und Innovation 2022, Bundestagsdrucksache 20/2400, S. 226)?
6. Welche konkreten gemeinsamen deutsch-russischen Projekte mit Bezug auf die Arktis sind seit dem 24. Februar 2022 eingestellt worden (bitte die Projekte und Kooperationspartner auf deutscher sowie russischer Seite auflisten)?
7. Warum wird der russische Überfall auf die Ukraine als Begründung herangezogen, um die Einstellung oder Reduzierung so zentraler ziviler Forschungsprojekte wie der Erforschung des Klimawandels zu rechtfertigen?
8. Inwiefern kann die deutsch-russische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Klimaforschung nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell fortgesetzt werden?
  - a) Verfügt die Bundesregierung über Pläne zur Wiederaufnahme der Nutzung des Messturms Zotto?

- b) Erhält die deutsche Seite nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Messdaten über den Messturm Zotto?
  - c) Plant das AWI nach Kenntnis der Bundesregierung, die Nutzung der Forschungsstation auf der Insel Samoillow wiederaufzunehmen?
  - d) Welche Projekte der deutsch-russischen Klimaforschung werden aktuell oder sollen nach Ansicht der Bundesregierung fortgesetzt werden?
9. Welche konkreten Regelungen zur weiteren wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der russischen Seite sind von der Bundesregierung getroffen worden (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022)?
  10. Welche Projekte dürfen dementsprechend (siehe Frage 9) fortgesetzt werden (ebd.; bitte die Projekte auflisten)?
  11. Gelingt es den Forschenden des AWI nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell, in Sibirien Langzeitmessungen durchzuführen, und wenn ja, inwiefern?
  12. Konnten die von der AWI-Leiterin erwähnten Messgeräte in Sibirien nach Kenntnis der Bundesregierung ausgetauscht werden (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022)?
  13. Welche Auswirkungen für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Klimaforschung haben nach Kenntnis der Bundesregierung die geplanten Kürzungen für die Budgets solcher Organisationen wie DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) oder Alexander von Humboldt-Stiftung ggf., insbesondere für die Vergabe solcher Stipendien wie zum Beispiel „Internationales Klimaschutzstipendium“; vgl. <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/fachverbaende-kritisieren-kuerzungen-des-bundes-5017/>?
  14. Führt die Bundesregierung Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit in der Klimaforschung mit Russland (Antwort bitte begründen)?
  15. Soll nach Ansicht der Bundesregierung die Zusammenarbeit in der Klimaforschung explizit von Sanktionen ausgenommen werden (Antwort bitte begründen)?
  16. Wird die Bundesregierung sich künftig stärker engagieren, Forschungsk Kooperationen im arktischen Raum mit anderen Ländern zu intensivieren, explizit auch mit China (wenn ja, bitte nach geplanten Projekten und involvierten Ländern aufschlüsseln)?
  17. Plant die Bundesregierung, auf der UN-Klimakonferenz in Scharm asch-Schaich (COP 27) sowie auf dem G20-Gipfel auf Bali im November 2022 die Gelegenheit zu nutzen, um gegenüber der russischen Seite die Zusammenarbeit auf dem klimapolitischen Gebiet und die mit der ausgesetzten Kooperation im arktischen Raum zusammenhängenden Probleme zu thematisieren?

Berlin, den 9. September

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**